

## **Pressemitteilung zu den „Zinswetten im Kreis Minden-Lübbecke“**

attac-Minden hat sich anlässlich seiner letzten Sitzung mit den „Zinswetten“ des Kreises Minden-Lübbecke befasst

Nach Auffassung von attac-Minden stehen diese Zinsgeschäfte der Kommunen in direktem Zusammenhang zur Umstellung der Gemeindefinanzen auf das sogenannte „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF). Dabei werden die Kommunen dazu angehalten, sich wie privatwirtschaftliche Unternehmen am Markt zu verhalten. „Da ist es nur ein kleiner Schritt hin zu riskanten Finanzgeschäften“, so Bernd Mehrhoff von attac-Minden. „Zu groß ist der Reiz, sich mithilfe solcher Finanzspekulation einem Teil der kommunalen Schulden zu entledigen.“

Die Gemeinden stehen unter dem enormen Druck, den Zuwachs an Aufgaben, die ihnen Bund und Land zumuten, zu bewältigen und dabei gleichzeitig weniger Geldzuweisungen von dort zu erhalten.

Die betroffenen Kämmergeien sind allerdings dem Irrglauben aufgesessen, dass diese Geldgeschäfte mit neuen Produkten wie „Zinsswaps“ immer so weitergehen würden. Kaum jemand scheint sich gefragt zu haben, wer diese Gewinne erwirtschaften soll. Nun führt die Finanzkrise dazu, dass diese Zinswetten zu herben Verlusten bei den Kommunen führt.

In diesem Zusammenhang fragen die Globalisierungskritiker was dran ist an der kursierenden Behauptung, dass die Landesregierung selbst die Kommunen zu diesen riskanten Geldgeschäften geraten haben. „Wir fragen ernsthaft danach, wer hier im Kreis an diesen Geschäften verdient hat“, so Fritz Frieman von den Globalisierungskritikern. „Welche Banken plündern hier zugunsten weniger Vermögenger die öffentlichen Haushalte?. Diese Zinsgeschäfte müssen sofort rückgängig gemacht werden.“

„Andernfalls drohen den Bürgerinnen und Bürgern Einschnitte“, befürchtet Dr. Christopher Kraus. „Durch die von Herrn Heinen angekündigte Erhöhung der Kreisumlage wird den Gemeinden noch weniger Geld für Bildung, Hartz IV und andere wichtige Ausgaben für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.“

Die Organisation attac kritisiert seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die immer stärkere Ausweitung des Finanzkapitalismus. Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen und Forderungen, wie dieser Entwicklung entgegengesteuert werden kann. So haben schon 1998 die attac-GründerInnen die Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) gefordert, um die immer schneller werdenden Finanztransaktionen zu bremsen. „Würde auf jede Devisenspekulation eine kleine Umsatzsteuer erhoben, würde der Gewinn der Spekulanten enorm sinken und ihnen der Reiz daran genommen“, so Bernd Mehrhoff. „Solche Devisenspekulationen haben schon ganze Volkswirtschaften wie z.B. Argentinien, Russland oder die südasiatischen Staaten in den Ruin getrieben.“

Auch die Umverteilung von unten nach oben, die enorme Anhäufung von immer mehr Reichtum in wenigen Händen und die Privatisierung der sozialen Sicherung muss nach Auffassung von attac-Minden gestoppt und rückgängig gemacht werden. Das könne aber nur der Anfang einer weitergehenden Umgestaltung der Globalisierung nach ethischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sein, so die einhellige Meinung der Mindener attacies.